Antrag Ini01: Wehrhafte Demokratie heißt handeln. Jetzt AfD-Verbotsverfahren vorbereiten – und die Menschen zurückgewinnen

Laufende Nummer: 451

Antragsteller*in:	SPD Parteivorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge
Antragsblock:	I - Inneres, Recht und Verwaltung

Seit 162 Jahren streiten wir für Demokratie. Wir wissen: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität können nur in einer Gesellschaft entstehen und bestehen, die auf universellen Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit aufbaut.

Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die das gewährleistet. Sie organisiert die Mehrheitsbildung in einer vielfältigen und offenen Gesellschaft. Sie schützt die Rechte von Minderheiten. Und sie lebt vom Vertrauen in gleiche Freiheit, gleiche Würde und gleiche Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Religion, Geschlecht oder sozialem Status.

Demokratie ist kein Naturzustand. Sie ist verletzlich. Sie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann: von unser aller innerer demokratischer Überzeugung. Demokratisch zu sein ist deshalb eine bewusste und fortwährende Entscheidung – für eine solidarische Gesellschaft, für das Gemeinwohl, für das Menschenrecht auf Mitbestimmung.

In einer starken Gemeinschaft der Demokrat*innen wollen wir diese Gesellschaft schützen – vor ihren alten und neuen Feinden. Dafür stehen wir: unserer Grundwerte bewusst und unserer Geschichte verpflichtet.

Aus verbaler Gewalt wird physische Gewalt

Die größte Gefahr für unsere Demokratie ist der Rechtsextremismus. Er ist keine politische Meinung, sondern eine Kampfansage an die Grundlagen eines freien und guten Zusammenlebens. Die aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamts zur politisch motivierten Kriminalität belegen erneut die weiter wachsende Bedrohung: Im Jahr 2024 wurden bundesweit 42.788 rechtsmotivierte Straftaten registriert – ein Anstieg von fast 50 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit machen sie mit Abstand den größten Anteil aller politisch motivierten Straftaten aus. Besonders besorgniserregend ist auch der Anstieg rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten um 13 Prozent.

Diese Entwicklung ist nicht nur eine gesellschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderung – sie hat zunehmend verfassungsrechtliche Relevanz. Denn wenn rechtsextreme Ideologie nicht nur auf der Straße, sondern auch in Parteien und Parlamenten Fuß fasst, wird politische Pluralität nicht gelebt, sondern gezielt missbraucht – von Kräften, die sich außerhalb unserer Verfassungsordnung stellen und darauf hinarbeiten, eben diese Ordnung abzuschaffen.

Gradmesser dieser zunehmenden Relevanz ist die Einstufung der AfD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“. Mit ihrer seit Jahren betriebenen Strategie der gezielten Grenzverschiebung macht die AfD Rassismus und

völkisch-nationales Denken wieder salonfähig – und trägt aktiv zur Verrohung des öffentlichen Diskurses bei. Wo Worte entgrenzen, folgen Taten: Die Schwelle zur Gewalt sinkt, wenn die Menschenwürde anderer bewusst infrage gestellt wird.

Die fortschreitende Radikalisierung der AfD

Schon bei ihrer Gründung zeigte die AfD rechtsradikale Tendenzen – heute ist sie klar rechtsextremistisch. Der völkische Flügel dominiert die Partei. Ein demokratisches Korrektiv existiert in der AfD faktisch nicht mehr. Die Belege für die Verfassungswidrigkeit der AfD sind erdrückend – vielfältig, dokumentiert und ihr als Partei zurechenbar.

Björn Höcke, nach gerichtlicher Feststellung Rechtsextremist, sollte 2017 noch ausgeschlossen werden. 2019 erklärte ihn der AfD-Ehrenvorsitzende zur „Mitte der Partei“. Auch Co-Vorsitzende Alice Weidel hat sich dem völkisch-nationalistischen Kurs angeschlossen. Im Bundestagswahlkampf hetzte sie offen für „Remigration“ – die Ausweisung von Menschen, die nicht in das ethnisch definierte Volksbild der extremen Rechten passen. Eine Kampfansage an das Grundgesetz und die Menschenwürde.

Demokratiefeind in den Parlamenten

Und immer wieder wird der Nationalsozialismus verherrlicht und NS-Verbrechen relativiert: Matthias Helferich (MdB) nannte sich das „freundliche Gesicht des NS“, viele Mandatsträger, wie Björn Höcke, wurde mehrfach wegen Nazi-Parolen verurteilt. Wo sie kann, macht die AfD die parlamentarische Demokratie verächtlich – etwa, als ihr Alterspräsident im Thüringer Landtag die Konstituierung sabotierte und erst durch das Verfassungsgericht gestoppt wurde. In internen Chats wird zur „Stürmung des Bundestags“ aufgerufen. Oder ganz offen Enrico Komning, heutiger Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, der sagte: „Diese Demokratie..., die wollen wir ja aber gar nicht. Die wollen wir doch abschaffen.“

AfD kein normaler politischer Akteur

Mit einer Partei, die demokratische Regeln missbraucht, um die Demokratie von innen zu bekämpfen, ist kein fairer Wettbewerb möglich. Jeder Versuch, sie in den demokratischen Diskurs einzubinden, läuft ins Leere. Mit KI-gesteuerter politischer Kommunikation setzt die AfD auf Desinformationen und Fake News anstelle von wahrhaftigen Argumenten. Die erheblichen Finanzströme der AfD und ihre Unterstützungsstruktur ist oftmals nebulös und mangelhaft transparent. Die AfD sabotiert das System – sie ist kein Mitbewerber, sondern ein Feind der parlamentarischen Demokratie. Käme sie an die Macht, wäre zu befürchten, dass sie nicht mehr abgewählt werden könnte, weil sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen würde. Parlamentarische Demokratien leben vom gemeinsamen demokratischen Konsens. Die AfD teilt diesen nicht – sie lehnt die Gewaltenteilung ab.

Mit Lügen zur Macht – Desinformation und Spaltung als Strategie

Die Verrohung des gesellschaftlichen Klimas ist Teil der politischen Methode der AfD. Sie appelliert bewusst an die rohe Bürgerlichkeit – an Unsicherheit, Empörung und Enttäuschung –, um gezielt Ressentiments zu schüren und Menschen zu radikalisieren. Mit Verschwörungserzählungen, Hetze und Tatsachenverdrehung verschiebt sie die Grenzen des Sagbaren und will völkisch-nationales Denken normalisieren. Ihre Angriffe auf freie Medien, Wissenschaft, Justiz und staatliche Institutionen zielen darauf,

Vertrauen zu zerstören und demokratische Debatten zu vergiften. Dabei agiert sie nicht isoliert: Es gibt Hinweise auf Verbindungen zu international agierenden Akteuren, die Einfluss auf die öffentliche Meinung in Deutschland nehmen und die AfD gezielt als innenpolitisches Destabilisierungsinstrument stärken.

Gezielter Angriff auf das Herz unserer Demokratie

Diese Strategie der Diskursvergiftung ist kein Selbstzweck – sie ist Teil eines umfassenden Angriffs auf die demokratischen Institutionen unseres Landes. Die AfD verfolgt eine Strategie, die darauf abzielt, zentrale Institutionen unseres demokratischen Rechtsstaats zu delegitimieren und das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie systematisch zu untergraben. Sie verspottet demokratische Verfahren, unterläuft bewusst parlamentarische Regeln und nutzt ihre Mandate nicht zur Mitgestaltung, sondern zur bewussten Verächtlichmachung und Schwächung unserer demokratischen Ordnung. Ihr Ziel ist es, die freiheitlich-demokratische Grundordnung von innen heraus zu zersetzen. Dieses Vorgehen ist autoritären Bewegungen historisch bekannt – und unsere Geschichte mahnt uns, solchen Angriffen rechtzeitig und entschlossen entgegenzutreten.

Aus Warnung wird Verantwortung – der Weg zum Parteiverbot

Je klarer die Befunde sind, desto näher rückt der Punkt, an dem die Schutzinstrumente unserer Verfassung greifen müssen – allen voran die Entscheidung zur Einleitung eines Verfahrens auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD nach Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz mit der Folge eines Parteiverbots (§ 46 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgerichtsgesetz). Am Ende dieses Weges steht für uns kein politisches Ermessen mehr, sondern Verantwortung: vor unserer Geschichte und zum Schutz unserer Demokratie vor ihren Feinden. Deshalb stellt sich mit wachsender Klarheit und Konsequenz die Frage, wann der demokratische Rechtsstaat nicht nur beobachtet, sondern handelt – auch mit dem schärfsten Mittel, das ihm das Grundgesetz zur Verfügung stellt: dem Verbot einer verfassungsfeindlichen Partei.

Jetzt den Verbotsantrag fachlich strukturiert vorbereiten

Für uns als SPD ist klar erkennbar, dass die AfD mit der Unterstützung illiberaler und demokratiefeindlicher, rechtsextremer Netzwerke das Ziel verfolgt, mit den Mitteln der Manipulation und Desinformation, der Verunsicherung und der Spaltung unserer Gesellschaft unsere freiheitliche demokratische Grundordnung systematisch zu beeinträchtigen. Eine solche Gefährdung unserer Demokratie werden wir nicht hinnehmen.

Wegen der besonderen Rolle und Privilegierung von Parteien in unserer politischen Ordnung sieht unsere Verfassung als Ultima Ratio, als äußerstes Mittel unserer wehrhaften Demokratie, das Verbot einer Partei vor, wenn das Bundesverfassungsgericht in einem Prüfverfahren zu dem Schluss kommt, dass die Partei verfassungswidrig sei. Antragsberechtigt sind die Verfassungsorgane Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung.

Für uns als SPD ist deshalb klar: Jetzt ist die Zeit, dass die antragsberechtigten Verfassungsorgane die Voraussetzungen schaffen, um unverzüglich einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD stellen zu können.

Wir wollen deshalb darauf hinwirken, dass die antragsberechtigten Verfassungsorgane durch Einsetzung einer Bund-Länder Arbeitsgruppe mit einer Sammlung von Materialien für ein Feststellungsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht beginnen. Zudem sollen Gutachter*innen benannt werden, die das Material daraufhin prüfen, ob damit der Nachweis der Verfassungswidrigkeit der AfD erbracht werden kann. Sofern ausreichendes Material vorliegt, betrachten wir es als demokratische Pflicht, dass durch eines der antragsberechtigten Verfassungsorgane eine gut substantiierte Antragsstellung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD beim Bundesverfassungsgericht nach Art. 21 GG erfolgt.

Aus unserer Geschichte als älteste Partei Deutschlands, im Kampf gegen den Faschismus und an der Seite derer, die heute besonders von rechtsextremer Gewalt bedroht sind, setzt sich die SPD auf allen Ebenen für die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht ein.

Politisch handeln – strategisch verstehen: AfD-Zuspruch ernst nehmen, Menschen zurückgewinnen

Doch klar ist auch: Ein Verbotsverfahren oder die Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD ersetzt in keiner Weise die politische Auseinandersetzung mit ihrem Gedankengut. Der Zuspruch zur AfD wächst trotz ihrer rechtsextremen Botschaften. Damit müssen wir uns konzentriert und dringlich auseinandersetzen.

Wir sind überzeugt, dass bei weitem nicht alle Wähler und Wählerinnen der AfD über ein gefestigtes rechtsextremes Weltbild verfügen. Doch warum wählen und unterstützen diese Menschen eine Partei, die offen gegen Grundrechte, soziale Gerechtigkeit und das Zusammenleben in Vielfalt agiert – und deren Politik oft gerade denjenigen schadet, die sie wählen?

Zu viele Menschen in Deutschland zweifeln an der Handlungsfähigkeit von Staat und Demokratie. Zu viele nehmen wahr, dass ihre Lebenssituation nicht gesehen wird, dass ihr Stimme nicht gehört wird und dass sie in viel zu geringem Maße selbst über ihr Leben bestimmen. Zu viele stellen infrage, ob es in Deutschland bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und der Chancen bei Bildung und Teilhabe gerecht zugeht.

Auf diese Fragen, auf diese Wahrnehmungen und Realitäten braucht die Sozialdemokratie Antworten, wenn wir den Zuspruch zu den radikalen Kräften brechen und Menschen zurückgewinnen wollen.

Der Parteivorstand wird deshalb beauftragt, in unserer Partei eine dauerhafte Struktur zu schaffen, die die Ursachen des AfD-Zuspruchs sowie deren politische Methoden systematisch analysiert. Dazu soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die zentrale Motive, Milieus und Narrative untersucht – und auf dieser Grundlage ein Konzept entwickelt, wie wir Menschen mit unserer Politik inhaltlich aber auch im praktischen Tun direkt vor Ort auf dem Marktplatz, beim Kinderfest und vor dem Supermarkt wieder besser erreichen, überzeugen und dauerhaft zurückgewinnen – und in diesem Zusammenhang der AfD etwas entgegensetzen.

Diese Arbeitsgruppe muss ebenso eng mit der Kommission „KI und politische Kommunikation“ zusammenarbeiten, in der kurzfristig Maßnahmen gegen Desinformationen, Fake News und Online-Hass und -Hetze entwickelt werden.